

Der Überflieger gerät in Turbulenzen

Es war nicht die Session des freisinnigen Ständerats Andrea Caroni – war es das mit seinem politischen Aufstieg?

Stefan Schmid

Gut gelaunt kommt Andrea Caroni Mitte Februar ins Studio des Ostschweizer Fernsehens TVO. Seine Kinder dürfen draussen in der Maske spielen, während der FDP-Ständerat vor der Kamera die Argumente Mike Eggers zerpfückt.

Der Rheintaler SVP-Politiker Egger ist kein Kind von Traurigkeit. Doch Caroni ist schneller, wendiger, raffinierter. Er belehrt, ganz der Rechtsanwalt, den jungen Kollegen nicht nur über die Rechtsfolgen der Burka-Initiative. Er tritt auch populistischer auf. Politischer Junkfood sei das, was Egger da vorschläge. Caroni verlor am 7. März die Abstimmung zwar. Doch in Auserrhoden, in seiner Heimat, da gewann er sie.

Überhaupt: Zu Hause ist Caroni ein Star – freilich einer ohne Heldenstatus. Dafür ist der brillante Jurist etwas zu weit weg vom Durchschnittsbürger am Stammtisch und an den im Kanton beliebten Vihschauen. Dort lässt sich Caroni zwar auch ab und an blicken, vornehmlich jedoch in einem Wahljahr. Aber, sie respektieren ihn, die Auserrhoder. Denn sie wissen: Solche Überflieger gibt es selten.

Der Staatsrechtler schliesst seine Studien mit Bestnoten ab. Mit 28 wird er Berater von Bundesrat Hans-Rudolf Merz. Mit 31 schicken ihn die Auserrhoder in den Nationalrat. Sein Sieg gegen

Köbi Frei, den amtierenden SVP-Finanzminister des Kantons, fiel deutlich aus.

Doch im Bundeshaus weht dem Jungspund ein steifer Wind ins Gesicht. Caroni wird als überheblich und überehrgeizig wahrgenommen. Bundesrätin Doris Leuthard, ein Alphatier unter der Kuppel, soll ihn entgegen den Gepflogenheiten konsequent gesiezt und mit «Herrn Nationalrat» angesprochen haben. Caroni lässt sich davon nicht beirren und trachtet nach nur zwei Jahren im Amt bereits nach dem Nationalratspräsidium. Doch die FDP stellt Christa Markwalder auf. Jung, smart, blitzgescheit, ambitioniert – eine toxische Mischung in der republikanischen Schweiz.

Caronis Aufstieg geht anderswo weiter. Nach dem Rücktritt von Hans Altherr rutscht der damals 37-Jährige in die kleine Kammer nach. Spätestens dort lernt er, was sich im Berner Haifischbecken geziemt: nicht arrogant rüberkommen, Bescheidenheit und Bodenständigkeit ausstrahlen, Älteren die Show nicht stehlen. Auch in diesem Rat ist Caroni zwar den meisten überlegen, doch er lässt dies seine Umgebung weniger spüren.

Demonstrativ stellt er sich hinter die Kandidatur seiner Ostschweizer FDP-Ratskollegin Karin Keller-Sutter für den Bundesrat, fast so, als wolle er allen beweisen, dass sich auch ein Caroni brav in die Reihe stellen

kann. Doch wie lange noch? Wann platzt ihm das enge Hemd des Auserrhoder Ständerats? Im Unterschied zu Kollegen aus grossen Kantonen ist ein Wechsel in die Kantonsregierung keine ernsthafte Option. Was will Doktor Caroni in Herisau, wo der Kleinstaat Auserrhoden mit seinen knapp 60 000 Einwohnern verwaltet wird?

Eine bittere Niederlage in seinem Spezialgebiet

Eigentlich hat Caroni das Zeug zum Bundesrat. Doch der Ostschweizer Sitz ist bis auf weiteres durch Karin Keller-Sutter besetzt. Hinzu kommt: Die Zweiervertretung der FDP war schon gottgegeben als in diesen Zeiten. Die Wählerverluste des Freisinnsummieren sich. Und auch die Genderdiskussion kommt Caroni nicht zupass. Er ist vieles, bloss keine Frau.

Bleibt ihm also bis auf weiteres die Arbeit im Parlament. Sein heroischer Kampf gegen die Pädophileninitiative in Ehren: Zu den Strippenziehern gehört er freilich nicht. Vielleicht geht ihm das Klein-Klein, das Türklinken putzen bei Freund und Feind gegen den Strich. Eher kümmert er sich um die grossen staatspolitischen Fragen. Doch just auf seinem Spezialgebiet erleidet er kurz vor der Frühlingssession seine bisher bitterste Niederlage. Der Gerichtskommission, die Caroni präsidiert, ist es nicht gelungen, dem Parlament einen



Der Auserrhoder Ständerat Andrea Caroni, 40, bei einem Schulbesuch.

Bild: zvg (Herisau, 22. Mai 2019)

Bundesanwalt zur Wahl vorzuschlagen. Das ist zwar nicht alleine Caronis Schuld, dennoch bringt man die miserable Performance der Kommission mit dem Auserrhoder in Verbindung. Kein Wunder platzte Caroni kurzum der Kragen. Die zahlreichen Indiskretionen seien ein grosses Problem, monierte er. Deren Urheber sei «hochkriminell» und müsste mit «Handschellen aus der Kommissionsitzung abgeführt werden».

Auch wenn Caroni im Kern recht hat, sind das für bundesbernerische Verhältnisse doch har-

sche Worte. Sie hätten ihm unzählige Bürgerzuschriften eingetragen, sagt Caroni später. Alle positiv. Die Leute mögen es, wenn man Klartext spricht. Doch mögen sie es auch in Bern?

Von «das vergisst man schnell wieder» bis «damit hat er sich erheblich geschadet», hört man einiges. Die Nerven lägen blank, tönt es aus der Gerichtskommission. Ausserhalb der Gerichtskommission ist man auskunftsfreudiger. Caroni sei sehr kompetent und ein angenehmer Kollege. Allerdings auch einer, der sich etwas wichtig neh-

me und manchmal distanziert wirke. Das intellektuelle Rüstzeug zum Bundesrat habe er ohne Zweifel. Doch so richtige Fans von ihm gebe es im Bundeshaus wenige.

Respekt ja, emotionale Zuneigung eher nein. Ist das letztlich das Schicksal des Überfliegers? Nun, die Wiederwahl in Appenzell Auserrhoden hat Caroni schlafwandelnd im Sack. Gegner, die ihm das Wasser reichen könnten, hat er dort keine. Aber ohne ein paar gute Freunde kommt man in der Politik meist auch nicht mehr weiter.

Die riskante Wette des Bauernverbands

Nach abenteuerlichem Hin und Her steht der inoffizielle Gegenvorschlag zur Trinkwasserinitiative. Reicht das, um diese zu bodigen?

Es geht um Gülle, um Pestizide und ums Trinkwasser – und die Frage: Wie sieht die Landwirtschaft von morgen aus? Im Juni kommen zwei Initiativen zur Abstimmung, welche die Agrarpolitik regelrecht umpflügen wollen: die Trinkwasser- und die Anti-Pestizid-Initiative. Gestern hat sich das Parlament auf einen inoffiziellen Gegenvorschlag dazu geeinigt. Dieser nimmt gewisse Anliegen der Initiativen auf – und soll ihnen so auch den Wind aus den Segeln nehmen.

Gerade die Trinkwasserinitiative stösst über das linksgrüne Lager hinaus auf Sympathien, wie sich bei der FDP zeigte: Ihre Delegierten fassten zwar die Nein-Parole, der Entscheid fiel mit 202 zu 165 Stimmen aber alles andere als haushoch aus. Die Initiative fordert, dass nur noch jene Bauern Direktzahlungen erhalten, die keine Pestizide einsetzen und nur so viele Tiere halten, wie «mit auf dem Betrieb produzierten Futter ernährt werden kann». Die zweite

Agarinitiative will synthetische Pestizide verbieten.

Zähes Ringen zwischen Linken und Bauernverband

Beides geht der Mehrheit des Parlaments zu weit. Es hat nach zähem Ringen aber verschiedenen Massnahmen zugestimmt, um die Umweltbelastung zu senken. Unter anderem wird im Gesetz verankert, dass bis 2027 die Risiken des Pestizideinsatzes um 50 Prozent sinken müssen. Weiter wird etwa eine Offenlegungspflicht für Pflanzenschutzmittel eingeführt.

Auch bei der Überdüngung setzt das Parlament an: Die Stickstoff- und Phosphorverluste sollen «angemessen reduziert» werden. Was das genau bedeutet, ist offen: Auf Zielvorgaben hat das Parlament zum Ärger von Umweltschützern verzichtet. Zudem wird eine Meldepflicht eingeführt für Kraftfutter- und Düngelieferungen, nicht jedoch für alles Futtermittel – auch das ein umstrittener

Entscheid. Kritiker monieren, eine sinnvolle Nährstoffbilanz sei so gar nicht möglich.

SP-Nationalrätin Martina Munz sagt: «Bei den Pestiziden bringt diese Gesetzesrevision einen kleinen Fortschritt. Aber bei den Nährstoffverlusten ist sie zu wenig griffig.» Die bürger-

liche Parlamentsmehrheit, angeführt vom Bauernverband, habe die Vorlage in diesem Bereich stark verwässert. «Als informeller Gegenvorschlag zur Trinkwasserinitiative taugt das nicht», findet Munz.

Ganz anders sieht das Markus Ritter, Mitte-Nationalrat

und Präsident des Schweizer Bauernverbandes. Aus seiner Sicht geht der inoffizielle Gegenvorschlag heute «sehr weit», viel weiter als zunächst beabsichtigt war. Tatsächlich hatte das Parlament zunächst nur die Pestizid-Problematik packen wollen. Erst später kamen weitere Teile dazu, unter anderem die Bestimmungen zu den Nährstoffverlusten sowie die Verschärfung der Grenzwerte. «Diese dürfte noch für Kopfzerbrechen sorgen – nicht nur bei der Landwirtschaft», prognostiziert Ritter.

Die Kritik von linker Seite, wonach die Bestimmungen bei den Nährstoffverlusten zu wenig griffig seien, weist er zurück. Es sei richtig, im Gesetz die Leitplanken zu setzen; die Zahlen müsse der Bundesrat in einer Verordnung festlegen. Dann könne man wenn nötig auch zeitnah nachjustieren.

Der Bundesrat wollte ursprünglich einen anderen Weg gehen: Mit der Reform «Agrar-

politik 22+» wollte er die Landwirtschaft ökologischer machen. Vorgesehen war darin unter anderem auch ein Absempfad für Stickstoff und Phosphor. Das Parlament hat die Reform diese Woche jedoch auf Eis gelegt – wie vom Bauernverband gefordert.

Die Frage ist indes, ob dem Bauernverband auch an der Urne der Sieg gelingt. Hat er genug in der Hand, um die Trinkwasserinitiative zu bekämpfen, zumal ökologische Anliegen derzeit auf viel Zustimmung stossen? Oder fliegt ihm der Entscheid zur Agrarreform um die Ohren? Die Gegner dürften im Abstimmungskampf zumindest versuchen, dies auszuschlachten. Es ist daher eine riskante Wette, die der Bauernverband eingegangen ist. Geht die Strategie auf, gewinnt er doppelt. Geht sie aber schief, so könnte die Sistierung der Agrarreform zum Pyrrhussieg verkommen.

Maja Briner



Ein Bauer verteilt Kalkdünger.

Bild: Valentin Flauraud/Keystone